

## **Abänderungsantrag**

**der Grünen im Oberösterreichischen Landtag  
zur Beilage 906/2018, Voranschlag des Landes Oberösterreich für das  
Verwaltungsjahr 2019,  
zur Budgetgruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, betreffend den  
Ausbau der Kinderbetreuung**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Im Teilabschnitt 1/24000 (Kindergärten) wird der veranschlagte Betrag von

148.976.800,-- Euro

um den Betrag von

7.000.000,-- Euro

auf den Betrag von

155.976.800,-- Euro

erhöht.

Die Erhöhung der Mittel wird den Voranschlagsstellen betreffend Gruppenförderung an Gemeinden und private Rechtsträger, sowie den Voranschlagstellen für Investitionsbeiträge an Gemeinden und private Rechtsträger zugeschlagen.

Dafür werden die im Art. III/5 bereitgestellten Mittel um 2.000.000 Euro gekürzt und die restlichen 5.000.000 Euro werden aus den Einnahmen des Unterabschnitts 2/912 „Rücklagen“ bedeckt.

### **Begründung**

Das Land OÖ hat im Budgetvoranschlag 2018 parallel zur Einführung der Elternbeitragsgebühren für die Nachmittagsbetreuung die Mittel zur Förderung des Ausbaus der Kinderbetreuung an Gemeinden und private Rechtsträger drastisch reduziert. Die Gruppenförderung wurde gekürzt, der Gruppenzuschlag für längere Öffnungszeiten ist entfallen und die Sonderförderung für kleinere Gruppen wurde gänzlich eingestellt. In Folge kam es zu einem Rückbau bei Angebot und Qualität der Kinderbetreuung. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es um fast 10% weniger Nachmittagsgruppen, in 8 Gemeinden wurde die Anzahl der geöffneten Nachmittage reduziert und in jeder 5. Gemeinde in OÖ wird gar keine Nachmittagsbetreuung angeboten. Insbesondere im ländlichen Raum, wo bereits bislang nur wenig Betreuungsangebot am Nachmittag zur Verfügung stand, hat sich die Situation noch einmal verschärft. Eltern aber brauchen ein qualitätsvolles, leistbares und flexibles Angebot an Kinderbetreuung auch am Nachmittag, das den Ansprüchen einer modernen Wirtschafts- und Arbeitswelt gerecht wird. Die Kürzungen der Förderung der Kindergärten sind daher zurückzunehmen und die Budgetmittel zumindest entsprechend dem Niveau des

Voranschlag 2017 anzuheben. Gleichzeitig sind die gesetzlichen Grundlagen der Kürzungen im Kinderbetreuungsgesetz rückgängig zu machen.

Linz, am 30. November 2018

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Buchmayr, Kaineder, Mayr, Schwarz, Böker**